

Aus Bund und Ländern

„Rentner-Defizit“ in der Kranken- versicherung

KÖLN. Das Defizit der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) wird immer größer. So belief sich der „Solidaraustausch“ der Aktiv-Krankenversicherten im Jahr 1985 zugunsten der Finanzierung der Rentner-Krankenversicherung bereits auf 24,7 Milliarden DM. Dies sind 57,4 Prozent der Gesamtausgaben der Krankenkassen für Leistungen an Rentner. Dies entspricht rechnerisch einem Gegenwert von 3,3 Beitragsprozentpunkten (dabei ist unterstellt worden, daß 0,1 Prozentpunkte ungefähr 700 bis 750 Millionen DM entsprechen). Das Beitragsaufkommen der Aktivversicherten betrug 88,6 Milliarden DM bei einem gesamten GKV-Ausgabenvolumen von rund 110 Milliarden DM (im Jahr 1985). 18,3 Milliarden DM steuern die Rentenversicherungsträger für die KVdR bei, die übrigen Einnahmen resultieren aus den Erträgen von Vermögensanlagen der Krankenversicherungsträger. EB

Geräteverordnung: Forschungsprojekt ausgeschrieben

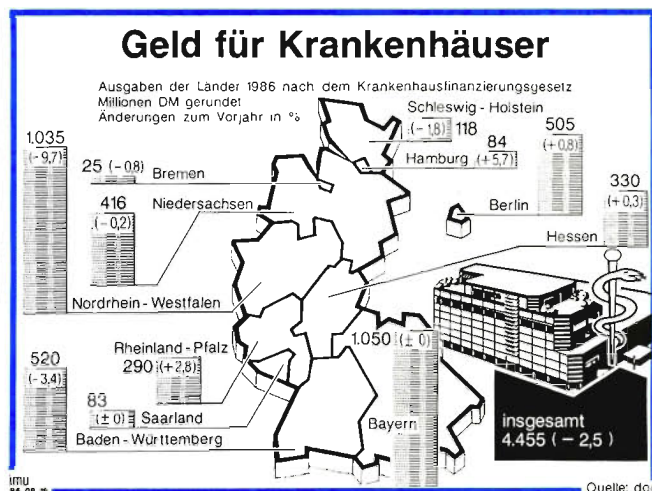
BONN. „Finanzielle Auswirkungen der Medizingeräteverordnung für die Betreiber medizinisch-technischer Geräte“ lautet ein vom Bundesgesundheitsministerium kurzfristig ausgeschriebenes Forschungsprojekt, für dessen Begleitung die vom Bund getragene „Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V.“, Köln-Porz, verantwortlich zeichnet. Parallel dazu wird das Ministerium einen Medizin-Geräte-

katalog für jene Großgeräte erarbeiten, die seit dem 1. Januar 1986 unter die neuen Vorschriften der Geräteverordnung fallen. Der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Deutschen Krankenhausinstitut, beide Düsseldorf, ist vom zuständigen Referatsleiter des Bundesgesundheitsministeriums, Ministerialrat Dr. med. Adolf Krebs, zugesagt worden, sachverständig mitberaten zu dürfen. EB

Koalition: Mehr Forschung über Erfahrungsmedizin

BONN. Eine umfassende Behandlung der Naturheilverfahren durch Wissenschaft und Forschung fordert ein Antrag, den die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP im Bundestag eingebracht haben. Im Hinblick darauf, daß für Gesundheitsvorsorge und für die Aktivierung der Eigenverantwortung des Einzelnen für seine Gesundheit noch zu wenig getan wird, sollte die Tatsache genutzt werden, daß etwa 80 Prozent der Bevölkerung Naturheilverfahren gegenüber aufgeschlossen seien.

Im einzelnen soll die Bundesregierung, insbesondere auch im Rahmen ihres Gesundheitsforschungsprogramms, die wissenschaftliche Aufarbeitung, Durchdringung und Weiterentwicklung der Erfahrungsmedizin fördern; Naturheilverfahren sollen auch in der Ausbildung des medizinischen Nachwuchses berücksichtigt werden; bei den etablierten Förderern der Forschung sollte eine interdisziplinär zusammengesetzte Studienkommission gebildet werden, in der Schulmediziner und Mediziner, welche in ihrer ärztlichen Tätigkeit die Methoden der Erfahrungsheilkunde anwenden, zusammenarbeiten. EB



Hamburg und Berlin geben im Jahr 1986 4,5 beziehungsweise 4,2 Millionen DM mehr für Krankenhäuser aus als im Vorjahr. Nordrhein-Westfalen dagegen kürzt seine Ausgaben um fast 111 Millionen DM. Die meisten Bundesländer nehmen ihre Ausgaben zurück, wenn auch nicht so drastisch wie Nordrhein-Westfalen. Im Bundesdurchschnitt ergibt sich für 1986 ein Minus von knapp 115 Millionen DM oder 2,5 Prozent dgd

AIDS-Aufklärung: 1,5 Millionen DM

BONN. Der Deutschen AIDS-Hilfe stehen 1986 aus Bundesmitteln über 1,5 Millionen DM vor allem für Projekte zur Aufklärung der Bevölkerung zur Verfügung, erklärte Staatssekretärin Irmgard Karwatzki vom Bundesgesundheitsministerium auf eine parlamentarische Anfrage. EB

Studienplätze: Erstmals neue Regeln

DORTMUND. Nach dem neuen „mehrgleisigen“ Zulassungsverfahren wurden 8400 Studienplätze für Medizin, Zahn- und Tiermedizin für das Wintersemester 1986/87 von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen vergeben. Alle Bewerber mußten unabhängig von ihrer Abiturnote am obligatorischen „Test für medizinische Studiengänge“ teilnehmen. 4100 Studienplätze wurden nach der Verrechnung von

Abiturnote und Testergebnis (im Verhältnis 55 zu 45) besetzt. Weitere zehn Prozent der Plätze wurden an die Testbesten vergeben. Neben einem Teil von Bewerbern, die nach der Wartezeitregelung zugelassen wurden, erhalten 15 Prozent der Bewerber direkt von den Hochschulen durch Auswahlgespräch, zu dem etwa 3500 Kandidaten eingeladen wurden, einen Studienplatz.

► Insgesamt haben sich für die rund 7200 Plätze im Studiengang (Human-)Medizin etwa 22.000 Bewerber, 8000 weniger als im Vorjahr, gemeldet.

Dem Bewerberrückgang stehen etwa ebensoviele Testabsolventen gegenüber, die auf eine Bewerbung verzichtet haben. Die Zentralstelle vermutet, daß diese Nicht-Bewerber vielfach fälschlicherweise der Meinung seien, ein nur durchschnittliches Abschneiden im Test schließe sie von der Studienplatzvergabe aus. Jeder Bewerber habe eine Chance, über die Wartezeitregelung noch zu einem Studienplatz zu gelangen. WZ/ZVS